

Crouch, C: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

[Ital. Original: Postdemocrazia. Rom 2003]

Zur Näherung an den Begriff „Demokratie“ gibt es grundsätzlich zwei Vorgehensweisen:

- a) Systematisieren des Vorgefundenen und Definieren als Demokratie
Dabei finden sich drei systematisierte Hauptkriterien:
 - die Wahlbeteiligung als hauptsächliche Weise der Beteiligung von Staatsbürgern an der Politik;
 - vielfältige Möglichkeiten von Lobbygruppen, sich politisch zu betätigen;
 - eine Regierung, die möglichst wenig in eine marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaft eingreift.

Demokratie wird so als „liberale Demokratie definiert: eine historisch kontingente Form, kein normativ wünschenswerter Zustand“ (9f.; Herv. im Original).

- b) Formulieren eines Ideals der Demokratie und Messen der Wirklichkeit daran

Zwei ideale Maßstäbe werden formuliert:

- Es besteht für die Masse der Bürger die Gelegenheit, sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen;
- die Beteiligung findet statt im Rahmen unabhängiger Organisationen und in Form von Diskussionen.

Die Verwirklichung des Ideals ist an zwei empirisch prüfbare Voraussetzungen gebunden:

- Die Beteiligungsmöglichkeiten werden von der Masse der Bürger tatsächlich genutzt und es wird nicht nur auf Meinungsumfragen reagiert;
- die Bürger verfügen über hinreichend hohen Sachverstand zur Beurteilung der politischen Fragen. (8ff.)

Ein neues Phänomen ist die „Postdemokratie“ als Gegenmodell zu dem unter b) genannten. Empirisch zeichnet es sich dadurch aus, dass:

- Wahlkampfthemen von PR-Profis im Voraus ausgewählt werden, die den Debattenverlauf im Wahlkampf daraufhin so stark beeinflussen, dass die vorher ausgewählten Themen schließlich wahlentscheidend werden;
- die Mehrheit der Bürger sich apathisch verhält und höchstens auf die vorgegebenen Wahlsignale reagiert;
- jenseits von politischen Inszenierungen die tatsächlich relevanten Entscheidungen zwischen Regierungen und Lobbyisten unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden, wobei die Entscheidungen vor allem unternehmensdienlich sind. (10)

Legt man einen normativ-kritischen Maßstab im Sinne des an politischer und wirtschaftlicher Gleichheit orientierten unter b) skizzierten Modells an dieses Phänomen, so zeigt sich, dass Postdemokratie gleichzusetzen ist mit einer Verschlechterung bzw. einer fortschreitenden Abweichung von der Demokratie: auf die Eindämmung übermäßiger wirtschaftlicher oder politischer Macht wird verzichtet. (11)

Eine Postdemokratie verfügt über die formalen Strukturen der Demokratie, die realen Prozesse der Machtausübung verlaufen jedoch jenseits dieser Strukturen. Dies ist ein originäres Merkmal der Postdemokratie und nicht nur dem wachsenden Einfluss von PR-Profis, spin-doctors oder den Massenmedien [mit offenbar nicht hauptsächlich an Aufklärung und Vermittlung politischer Prozesse orientiertem Selbstverständnis; M.G.] zuzuschreiben. (13)

Der Bürgerstatus in einer Demokratie ist einerseits verbunden mit Schutzrechten vor dem Staat und vor Anderen, andererseits mit Beteiligungsrechten. Die einseitige Ausrichtung auf die Gewährung von Schutzrechten führt zu einem Politikmodell, nach dem Eliten entscheiden und sich für ihre Entscheidungen verantworten müssen, Bürger jedoch keinerlei Einwirken auf die Eliten bzw. deren Entscheidungen zugestanden wird. (22f.)

Regierungen in einer Postdemokratie tendieren zur Selbstreduzierung ihres Handelns und sehen ihre Verantwortlichkeit hauptsächlich in drei Bereichen:

- der Organisierung von Regierungshandeln ähnlich marktförmiger Prozesse einschließlich dessen Auslagerung an private Unternehmen;
- der Konzentration staatlichen Handelns auf Bereiche, in denen sich kein privater Interessent findet;
- gegenüber dem Wähler auf die Produktion stimmenbringender, insoweit positiver Images, anstelle der sachlichen Vermittlung oder Erklärung politischer Entscheidungen. (59)

Im Einklang mit dem erstgenannten Punkt realisieren Regierungen Budgetkürzungen, indem sie private Aktivitäten in vormals staatlich finanzierten Bereichen steuerlich subventionieren, seien es nun direkte Spenden oder sei es Sponsoring. Damit wiederum leisten sie dem Machtzuwachs reicher Eliten bzw. großer, wirtschaftlich starker Unternehmen weiteren Vorschub, da Private nunmehr nicht nur entscheiden können, was gefördert wird, sondern auch in welcher Höhe. (61f.)

Ein weiteres Kennzeichen der Postdemokratie ist das gewandelte Agieren der Verantwortlichen in den Massenmedien: Die Berichterstattung über Politik nähert sich traditioneller Werbung, die an Emotionen appelliert und nicht zum Ziel hat, Argumentationen zu initiieren. Dazu passt die zunehmende Personalisierung politischer Themen und Sachverhalte, die sowohl von den Massenmedien wie auch den Politikern betrieben wird. (38f.)

Medien, zumal vormals staatlich finanzierte, mit dem Auftrag „zu informieren, zu bilden und zu unterhalten“ (66), wie traditionell die BBC, bekommen zunehmend den Auftrag, in Konkurrenz zu Privatsendern ihre Marktanteile zu halten bzw. auszubauen. Politische Nachrichten werden konsequent zunehmend als kurzlebige Konsumgüter gesehen, welches an möglichst viele Konsumenten adressiert werden soll und nicht an einen imaginierten Staatsbürger. Zugleich konzentriert sich mediale Macht in den Händen weniger Eigentümer, die über ähnliche Interessen verfügen. (66ff.)

Eine Erklärung für die Tendenz in entwickelten demokratischen Ländern zu postdemokratischen Verhältnissen liegt paradoxerweise in der zuvor stattgefundenen Entfaltung der Demokratie: Herrschaft selbst wurde zunehmend in Frage gestellt, Regierende sahen sich zunehmend Forderungen nach transparentem Handeln ausgesetzt.

Politiker reagieren neuerdings darauf, indem sie ihre Positionen bzw. sich als Produkte verkaufen, die nach Marketing-Gesichtspunkten oder Methoden des Unterhaltungsgeschäfts beworben werden bzw. auftreten. Ziele und Positionen werden dem entsprechend durch Meinungsumfragen gefunden oder durch so genannte 'Fokusgruppen' ermittelt: Ihre Mitglieder werden [analog zu 'Testkunden' im Marketing; M.G.] nach bestimmten Kriterien ausgesucht, sie sollen Positionen zu zuvor bestimmten Politikfeldern entwickeln und die so ermittelten Positionen werden schließlich zu Wahlerfolg versprechenden Programmen. (31ff.)

[Die Erklärung ist folgerichtig unter der Annahme, dass Politiker nutzenmaximierend handelnde Unternehmer auf einem weitgehend transparenten Wählerstimmenmarkt sind. Verwirft man die Annahme z. B. zugunsten der des Ideals eines sich nach bestem Wissen und freiem Gewissen orientierenden Politikers, dem das Gemeinwohl im Zweifel über das eigene geht, insofern einem altruistisch motivierten zoon politikon, so wird die Erklärung zu einer bloßen Beschreibung eines als verwerflich zu bewertenden Prozesses; M.G.]

Sozio-historisch geht die Tendenz zu postdemokratischen Verhältnissen einher mit einerseits dem Niedergang der traditionellen Arbeiterklasse seit den 1980ern, andererseits dem hergebrachten und weiterhin fehlenden einheitlichen Klassenbewusstsein der Mittelschichten, die sich von Angestellten mit einfachen Routinetätigkeiten bis zu angestellten Spitzenmanagern erstrecken.

Hinsichtlich der Entwicklung vor allem in Großbritannien lässt sich feststellen, dass Mitte-Rechts-Regierungen gezielt den öffentlichen Dienst privatisierten, um ein dort vorhandenes Berufsethos, verbunden mit einer Zentrierung auf Gewerkschaften und den entwickelten Wohlfahrtsstaat, zunichte zu machen. Zugleich wurde propagiert, dass die Interessen der Mittelschicht(en) zugleich die Interessen der Privatwirtschaft seien. Mitte-Links-Regierungen, die anschließend diese Politik fortführten, verloren daraufhin Teile ihrer Stammwählerschaft.

Über den Zeitraum der Industrialisierung bis heute betrachtet, blieben und bleiben die Mittelschichten allerdings irrelevant für die Politik: In vordemokratischen Verhältnissen waren Angestellte die Ausnahme, in demokratischen Verhältnissen bildeten Kapitalbesitzer und die traditionelle Arbeiterklasse die Hauptgegensätze in der Gesellschaft. In der Postdemokratie pazifiziert man die Mittelschichten mit dem ideologischen Versprechen des Aufstiegs über Bildung; wird es nicht eingelöst – die Spitzenpositionen bleiben exklusiv – so werden nicht strukturelle Ursachen dafür benannt, sondern die je mangelnde Qualität einzelner Bildungsinstitutionen. (76-79)

Spitzenpolitiker, Berater und Lobbyisten betreiben Politik als Beruf. Der traditionelle Bereich der Berufsfunktionäre einer Partei, die programmatische Richtungen vorgeben, hat sich also erweitert und die handelnden Personen wechseln zudem ihre Rollen. Lobbyisten und Berater haben ein Interesse an Aufträgen für ihre Unternehmen bzw. sich, was tendenziell zu Privatisierungs- oder Auslagerungsempfehlungen für staatlich erbrachte Dienstleistungen führt. (93f.)

Berufsfunktionäre profitieren von dem durch Berater und Lobbyisten bereitgestellten Expertenwissen; Unternehmen können zudem durch Spenden oder Sponsoring weitere Finanzmittel zur Beauftragung externer Berater für die jeweilige Partei zur Verfügung stellen. Insoweit ist das Zusammenwirken von Berufsfunktionären, Beratern und Lobbyisten für alle Seiten funktional, wohl modellhaft für eine Partei des 21. Jahrhunderts ist daher „eine sich selbst reproduzierende interne Elite [...], die weit von der Basis der Massenbewegung entfernt, gleichzeitig jedoch sehr eng mit einer ganzen Zahl von Unternehmen vernetzt ist“. (96)

Die Forza Italia des Unternehmers und Medienmoguls Berlusconi ist insoweit die konsequente Weiterentwicklung der sich transformierenden Parteien: Sie wurde durch den Magnaten gegründet, ohne über eine spezifische soziale Basis zu verfügen, ist durch die Ressourcen des Magnaten finanziell weitgehend unabhängig und kann ihre Botschaften über die Medienunternehmen des Gründers verbreiten; anstelle von Parteimitgliedern übernehmen Angestellte der eigenen Unternehmen viele Aufgaben. Für Wahlerfolge wird das Image und Charisma des Spitzenkandidaten und Gründers wichtiger als programmatische Aussagen. (97)

Berufsfunktionäre, Berater und Lobbyisten repräsentieren sowohl Merkmale der Prä- als auch der Demokratie und Postdemokratie:

- Prädemokratisch ist, dass einzelne Unternehmen mit kommerziellen Interessen einen privilegierten Zugang zur Regierungspolitik bekommen.
- Demokratisch ist, dass auch Berufsfunktionäre weiterhin abhängig sind von den traditionellen Gremien ihrer Massenpartei.
- Postdemokratisch ist, dass die Ergebnisse von Meinungsumfragen und die Ratschläge von externen Beratern die politische Richtung vorgeben, nicht länger der geäußerte Wille von Parteimitgliedern. (99)

An die durch Berufsfunktionäre, Berater und Lobbyisten gebildete „Ellipse“ der tatsächlich politisch Mächtigen knüpft eine Vielzahl von Unternehmen an, dessen Alleinstellungsmerkmal nicht in der Qualität eines von ihnen angebotenen Produktes liegt, sondern in der Fähigkeit, beson-

ders gut mit Regierungen und ihren Verwaltungen verhandeln zu können, insoweit also besonders erfolgreich Aufträge zu akquirieren. (122f.)

Die Ausrichtung des Regierungshandelns an marktwirtschaftlichen Prozessen und dessen Beschränkung durch Auslagerung findet unter dem Oberbegriff „New Public Management“ (NPM) statt. Diesem Leitbild entspricht, dass der Privatwirtschaft zwar steigender Einfluss auf das Regierungs- und Verwaltungshandeln eingeräumt wird, zugleich Regierungen die Einflussnahme auf die Privatwirtschaft durch Gesetzgebung weitgehend verwehrt wird. Das im Sinne des österreichischen Volkswirtes Friedrich August von Hayek (1899-1992) dazu verwendete Argument lässt sich wie folgt fassen:

- Prämisse 1: Überlegenes Wissen zeigt sich ausschließlich auf Märkten;
- Prämisse 2: Erfolg am Markt zeigt überlegenes Wissen;
- Randbedingung: Regierungs- einschließlich Verwaltungshandeln erfolgt weder marktförmig noch auf Märkten;
- Schlussfolgerung 1: In Regierungs- einschließlich Verwaltungshandeln wird kein überlegenes Wissen sichtbar;
- Schlussfolgerung 2: Das Verhältnis von Erfolg und überlegenem Wissen bei Regierungseinschließlich Verwaltungshandeln ist ungeklärt, weil dieses Handeln nicht marktförmig ist bzw. nicht am Markt stattfindet. – Es fehlt in logischer Hinsicht der verbindende Mittelbegriff zwischen Erfolg und Handeln.

Apologeten des NPM verwenden jedoch zwei ideologische „Schlussfolgerungen“ anstatt der zuvor genannten:

- ideologische „Schlussfolgerung“ 1: Regierungseinschließlich Verwaltungshandelnde verfügen nicht über überlegenes Wissen, ihr Handeln beruht daher nicht darauf;
- ideologische „Schlussfolgerung“ 2: Erfolg bei Regierungseinschließlich Verwaltungshandeln beruht nicht auf überlegenem Wissen.

[Im logischer Hinsicht handelt es sich nicht um korrekte Schlussfolgerungen, sondern um Fehlschlüsse: Der erstgenannte beruht darauf, dass die Prämisse 1 stillschweigend geändert wird zu „Überlegenes Wissen ist einzig auf Märkten vorhanden“, der zweitgenannte darauf, dass die Prämisse 2 stillschweigend geändert wird zu „Einzig am Markt zeigt Erfolg überlegenes Wissen“; M.G.]

Insoweit erklärt sich die Forderung von NPM-Befürwortern, dass Regierungen und Verwaltungen sich von erfolgreichen Marktteilnehmern aus der Privatwirtschaft beraten lassen und ihre Prozesse marktförmig organisieren sollen: Schließlich sei nur so wissensbasiertes erfolgreiches Regierungs- und Verwaltungshandeln realisierbar.

Gegen die erstgenannte ideologische Schlussfolgerung lässt sich argumentieren, dass Regierungen und Verwaltungen aufgrund ihrer im Vergleich zu Privatunternehmen umfassenden Informations- und Eingriffsmöglichkeiten [aufgrund gegebener Rechtsetzungsmöglichkeiten und entsprechender Verwaltungsbefugnisse; M.G.] sich exklusives Wissen verschaffen können. Empirisch wird es daher Bereiche geben, in denen Privatunternehmen über überlegenes Wissen verfügen, während es in anderen Bereichen staatliche Institutionen sind, die darüber verfügen. [Letztlich wird die Diskussion allerdings nicht entschieden, da NPM-Verfechter einzig den jeweiligen Markt mit erfolgreichen Anbietern und auswählenden Nachfragern als Wissensquell zulassen, Crouch hingegen auf andere mögliche Quellen hinweist; M.G.]

Gegen die Prämisse 2 lässt sich argumentieren, dass Erfolg am Markt nicht ausschließlich auf überlegenem Wissen beruhen muss. Handelt es sich um so genannte „unvollkommene“ Märkte [mit relevanter Marktmacht einzelner Anbieter oder fehlender Transparenz über die Qualität jeweiliger Produkte oder fehlender Information über die Preise konkurrierender Anbieter; M.G.], so können andere Bedingungen für den Erfolg ausschlaggebend gewesen sein. Selbst, falls zugestanden wird, dass der Erfolg eines Anbieters auf überlegenem Wissen beruht hat, so handelt es sich um das

Resultat eines vergangenen Zeitraums und im Zuge sich wandelnder Umwelten kann die geforderte Qualität des Wissens sich ebenfalls wandeln, es können andere Anbieter überlegenes Wissen besitzen. Daher müsste die zweite Prämisse eingeschränkt werden: Erfolg am Markt zeigt ein in der Vergangenheit vorhanden gewesenes überlegenes Wissen. (125f.)

Die Folgen des NPM für die öffentliche Verwaltung sind klar benennbar:

- „Die Unterscheidung zwischen dem Ethos des öffentlichen Diensts und jenem der profitorientierten Wirtschaft, die im 19. Jahrhundert entstand, fällt dieser Entwicklung zwangsläufig zum Opfer, ehemalige Hemmungen gelten nun als antiquiert. Wenn man davon ausgeht, daß Unternehmen prinzipiell klüger sind als Regierungen, dann wird die Idee einer klar bestimmbaren Grenze für den politischen Einfluss der Wirtschaft absurd.“ (127)
- „Dieser Prozeß wird zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Wenn die Regierung immer mehr Aktivitäten an private Unternehmer auslagert, verlieren ihre Beamten tatsächlich ihre Kompetenz in den Bereichen, für die nun die privaten Firmen zuständig sind, in Feldern, auf denen bislang niemand die Kompetenz der Staatsdiener in Frage stellte.“ (127)
- Im Verhältnis nachgeordneter Verwaltungen bzw. kommunaler Regierungen zu oberen Behörden bzw. Staatsregierungen kommt es zu einer Machtkonzentration bei den Letztgenannten: Während Erstere angewiesen werden, ihre Prozesse marktförmig zu organisieren bzw. ihre Dienstleistungen auszulagern, ihnen insoweit also Amtsgewalt entzogen wird, verhandeln die Letztgenannten direkt mit als gleichrangig betrachteten privaten Vertragspartnern über die zu erbringenden Dienstleistungen. (128)

Im Verhältnis von Regierung, öffentlichem Dienst bzw. von Regierungen beauftragten Privatanbietern und Bürgern kommt es zu verschobenen bzw. nicht mehr klar zuzuordnenden Verantwortlichkeiten, wie der britische Jurist Mark R. Freedland herausgearbeitet hat. So ist traditionell die Regierung ihren Bürgern für das Handeln der Verwaltung verantwortlich. Ein beauftragter Privatanbieter ist allerdings nur dem Auftraggeber, also der Regierung verantwortlich, nicht dem Bürger. Zudem gibt die Regierung dem Auftraggeber nurmehr Richtlinien vor, für die sie dem Bürger zwar rechen-schaftspflichtig bleibt, sie ist jedoch nicht länger für die konkrete Umsetzung durch den beauftragten privaten Dienstleister verantwortlich. Darf der Beauftragte dazu noch weitere Subunternehmer einsetzen, wird die Klärung tatsächlicher Verantwortlichkeiten zum Gegenstand komplizierter juristischer Verfahren. (129f.)

Die konsequente Weiterentwicklung dieser Strategie gipfelt aus Regierungsperspektive in der Aufgabe ihres Kerngeschäfts – der Verantwortlichkeit für Politiken und ihre Umsetzung durch Verwaltungen – zugunsten der Entwicklung politischer Marken, des *branding*, sowie ihrer marktgerechten Aufbereitung, des *packaging*. Im Rahmen von Wahlen stehen diese Marken zum Verkauf an die Wähler, die Wahlen mutieren zu „Marketingkampagnen, die relativ offen auf manipulative Techniken setzen, um Waren zu verkaufen“ (132). Nebeneffekt dieser Strategie ist aus demokratietheoretischer Sicht allerdings, dass es für Bürger keinerlei Möglichkeiten mehr gibt, Anliegen vermittelt Parteien in politisches Handeln umzusetzen. (130ff.)

Zur Abwendung postdemokratischer Tendenzen hat z. B. Anthony Baron Giddens of Southgate [britischer Soziologe, (1938-)] vorgeschlagen, sich auf einem so genannten „dritten Weg“ von den Parteien zugunsten neuer sozialer Bewegungen abzuwenden; wirtschaftliche Machtkonzentrationen sollten dabei allerdings nicht angetastet werden. Dies führte neben einer Schwächung der Parteien zu einer Vielzahl politisch je schwacher sozialer Bewegungen, denen wohlorganisierte, mächtige Lobbyorganisationen und Privatunternehmen gegenüberstehen, insoweit zu einer Verstärkung postdemokratischer Tendenzen und Verfestigung solcher Strukturen. Die postdemokratisch transformierten Parteien bieten aus sich heraus – aufgrund der geschilderten Interessenlage ihrer Berufsfunktionäre – ebenfalls keinen Kristallisationspunkt zur Re-Etablierung demokratischer Verhält-

nisse. Zu fordern ist daher, dass Parteien [quasi anschließend an die Strategie der außerparlamentarischen Opposition; M.G.] durch soziale Bewegungen von außen permanent angestoßen werden, Bürgerforderungen aufzunehmen und durchzusetzen. (141f.)